

# «Sek» ist nicht geschützt

Privatschulen müssen **mindestens auf Realniveau** unterrichten – und können ihre Schüler nennen, wie sie wollen

*Sekundarschule ist nicht gleich Sekundarschule. Privatschulen müssen dem Lehrplan der Realschule folgen – wie sie aber ihre internen Niveaus nennen, ist ihnen überlassen. So können sie alle Kinder als Sek-Schüler bezeichnen.*

NICOLE JEGERLEHNER

Real- oder Sekundarschule: Für viele Eltern und Kinder bedeutet die Selektion in der sechsten Klasse eine grosse Belastung. Denn immer mehr Lehrstellen stehen nur Sekundarschülerinnen und -schülern offen. Immer wieder wählen darum Jugendliche, die in der öffentlichen Schule in die Realstufe eingeteilt wurden, den Weg in die Privatschule – wo sie als Sekundarschüler betitelt werden.

«Wenn eine Privatschule zumindest auf Realniveau unterrichtet, darf sie die Bezeichnung Sekundarschule verwenden.» Dies hat Schulinspektor Ernst Ziehli auf eine Anfrage von Schulleiter Rolf Rickenbach bestätigt. Rickenbach steht dem Stadtberner Schulkreis Länggasse vor. Erst vor kurzem haben zwei Schülerinnen von seiner Schule in die Feusi gewechselt – zwei Mädchen, die in der Länggasse in die Realstufe eingeteilt waren, nun in der Privatschule aber als Sekundarschülerinnen gelten.

Die Lehrkräfte der Länggasse seien von der Feusi nie über die Leistungen der Schülerinnen befragt worden, sagt Rickenbach. Er hat in der Folge bei der kantonalen Erziehungsdirektion nachgefragt, wie die Bezeichnung Sekundarniveau von den Privatschulen verwendet werden darf. «Der Name ‚Sekundarschule‘ ist kein geschützter Begriff», antwortete Ziehli.

«Etikettenschwindel»

Rickenbach bezeichnet dies als «Etikettenschwindel». Er ist der Meinung, der Begriff Sekundarniveau sollte in allen Schulen ungefähr dasselbe bedeuten und Minimalstandards erfüllen. «Lehrstellen werden teilweise nur für Sekundarschüler ausgeschrieben – wer die Realschule in einer Privatschule absolviert hat und sich Sekundarschüler nennt, darf sich melden, der Realschüler aus der öffentlichen Schule aber nicht.»

Auch der Schulleiter des Berner Schulkreises Laubegg, Urs Schütz, sagt: «Die Spielregeln müssen für alle die selben sein.» Gerade auf der Stufe Volksschule sei es auch für die Chancengleichheit wichtig, dass die Regeln eingehalten würden. Er verstehe, dass immer mehr Betriebe von den Anwärtern für Lehrstellen einen Multicheck verlangen: «Die wissen sonst gar nicht, woran sie sind.»

Sandra von May-Granelli ist Verwaltungsratspräsidentin der

Feusi Bildungszentrum AG. «Bei uns kommt man nicht einfach so in die Sekundarschule», sagt sie. Die Schule führe mit Eltern und Kind ein Eintrittsgespräch; danach stehe ein Probesemester an. Entsprechend die Noten nicht dem Sek-Niveau, müsse eine andere Lösung gesucht werden; denn eine Realstufe führe die Privatschule nicht.

«Sie machen den Knopf auf»

Die Feusi verzichtet bewusst auf Gespräche mit Lehrkräften der alten Schule: «Wir wollen vorurteilslos an die Kinder treten, sie sollen nicht ihre ganze Vorgeschichte mitbringen müssen», sagt von May. Der Wechsel in eine neue Schule, zu neuen Lehrerinnen und Lehrern, in eine neue Klasse bewirke bei Kindern in diesem Alter oft Wunder: «Sie machen den Knopf auf und erbringen Leistungen, zu denen sie in ihrer alten Umgebung nicht fähig waren.» Ihre Schule betreibe sicher keinen Etikettenschwindel, sagt von May: «Wir vermitteln Sekundarstoff.»

Kann es sich eine Privatschule leisten, Kinder mit schlechten Leistungen abzuweisen? «Klar, das machen wir», sagt von May. Bevor ein Kind in die Feusi aufgenommen werde, schnuppere es an zwei Tagen in der neuen Klasse. «Wir wollen, dass es von beiden Seiten her passt.» Und manchmal würden auch aus disziplinarischen Gründen Verträge aufgelöst: Wer Alko-

hol und Drogen konsumiert oder sich nicht an die Regeln hält, muss gehen. «Das ist unser grosses Plus gegenüber der öffentlichen Schule, wir sind froh, können wir solche Schülerinnen und Schüler abweisen», sagt von May.

Kein Unterschied am Gymer

An den öffentlichen Gymnasien werden sowohl Jugendliche unterrichtet, die ihre Sek-Jahre an der öffentlichen Schule verbracht haben, als auch solche, die in einer Privatschule waren. «Wir stellen keine Unterschiede zwischen ihnen fest», sagt Hanspeter Andermatt, Rektor des Gymnasiums Kirchenfeld. Wer aus einer Privatschule an ein öffentliches Gymnasium wechseln will, muss eine Aufnahmeprüfung ablegen. «Da sehen wir, dass die Schülerinnen und Schüler gut vorbereitet sind», sagt Andermatt. Dies bestätigt Rolf Maurer, Konkretor am Gymnasium Neufeld: «Wir wissen jedoch nicht, wer bei der Aufnahmeprüfung abgewiesen wird: ob mehr Jugendliche aus privaten oder mehr aus der öffentlichen Schule.»

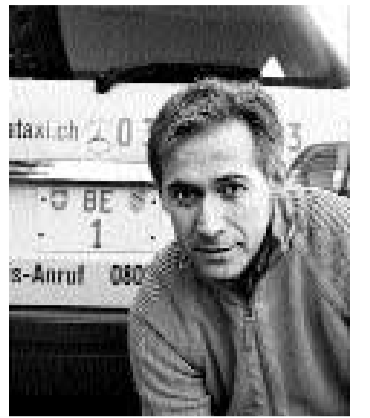
Rolf Rickenbach erstaunt die Einschätzungen der Gymnasiallehrkräfte nicht. «Lange nicht alle Schüler an Privatschulen sind leistungsschwach», sagt er. «Doch reicht prinzipiell in einer Privatschule das Realniveau, damit man den Status Sekundarschüler erhält – das ist störend.»

«Unschön» nennt der kantonale Erziehungsdirektor: «Es ist unschön, wenn ein Realschüler an einer Privatschule die Bezeichnung Real umgehen kann», sagt Bernhard Pulver (Grüne). Aber es sei so, dass eine Privatschule das Anforderungsniveau der Realstufe erfüllen müsse, um vom Kanton anerkannt zu werden. Wie die Schule intern ihre verschiedenen Niveaus nenne, sei ihr überlassen. «Die Rudolf-Steiner-Schule beispielsweise hat andere Bezeichnungen als Sek und Real», sagt Pulver. Er werde das Problem angehen, verspricht der Regierungsrat. Wichtig sei, Transparenz zu schaffen: «Wir sagen den Leuten: Achtung, die Privatschulen sind nicht bei uns akkreditiert, ihr Sekundarniveau muss nicht dem Sekundarniveau in öffentlichen Schulen entsprechen.»

Folgt eine Gesetzesanpassung?

Eine weitere Möglichkeit wäre eine Gesetzesanpassung: «Wir können den Privatschulen Vorschriften machen, welche sie erfüllen müssen, damit sie sich Sekundarschule nennen dürfen», sagt Pulver; das bedinge aber auch eine Überprüfung von Seiten des Kantons, was Kosten verursache. Noch sei kein Entscheid gefallen, ob das Problem auf dem gesetzlichen Weg angegangen werde, sagt Pulver. «Die Frage der Integration und der Tagesschulen scheinen mir zurzeit dringender.»

IM PROFIL:



ADRIAN MOSER

**Nikola Curic (39)** wird immer wieder von Touristen fotografiert, weil er das Taxi mit dem Nummernschild «BE 1» fährt.

## Die Nummer eins in der Stadt

«Als Taxifahrer musst du auch Psychologe sein. Klar gibt es die Kunden, die mir einfach ihre Zieladresse nennen und dann keinen Ton mehr rausbringen. In der Regel sind die Leute aber gesprächig. Sie erzählen von den Dingen, die sie gerade besonders beschäftigen. Meist geht es um Probleme, sei es mit den Kindern, in der Beziehung oder im Job. Warum sie das ausge-rechnet im Taxi erzählen, weiss ich auch nicht genau. Wohl weil sie wissen, dass sie mich nach der Fahrt nicht wiedersehen werden. Nach zehn Jahren als Taxifahrer könnte ich mit all den Geschichten ohne Probleme ein Buch füllen.»

«Klar sprechen wir unter den Fahrern auch darüber, dass unser Job nicht ganz ungefährlich ist. Mir ist allerdings noch nie etwas passiert. Eine Fahrt abgelehnt habe ich auch noch nie. Aber letztendlich kann einem immer etwas passieren. Meine Aufträge erhalte ich meist über die Zentrale vermittelt. Weil wir ein Navigationssystem im Auto haben, sehen die Disponenten immer, welches Taxi gerade in der Nähe des Kunden ist. Wenn ich einmal keinen Auftrag habe, warte ich irgendwo in der Innenstadt. Manchmal brauchts Geduld, bis wieder ein Auftrag kommt. Regenwetter ist eindeutig «Taxiwetter». Oder wenn es über 28 Grad Celsius heiss ist. Dann haben die Leute keine Lust, in der brütenden Hitze laufen zu müssen.»

«Manchmal warte ich auch beim Bärengraben auf neue Aufträge. Dort hat mich vor einem Monat ein ganzer Bus voller japanischer Touristen fotografiert. Zuerst das Auto alleine, dann musste auch ich mich hinstellen. Die Kameras wurden herangereicht, jede und jeder hat sich einzeln mit mir fotografieren lassen. Zum Schluss gabs auch noch ein Gruppenfoto. Das war ganz lustig. Die Touristen waren wohl wegen des Nummernschilds fasziniert: ‚BE 1‘. Denn ich fahre ein ganz normales Auto.»

«Vor wenigen Monaten hat es einen Fahrzeugwechsel gegeben innerhalb der Firma, aus diesem Grund habe ich nun dieses Nummernschild. Vor allem wenn ich das Auto irgendwo in der Innenstadt abgestellt habe, werde ich darauf angesprochen. Und nicht nur Touristen wollen dann ein Foto machen. Manchmal sehe ich, wie die Leute in den Quartieren darauf zeigen. Auch Fahrgäste sprechen mich natürlich auf das Schild an. Aber mittlerweile habe ich mich an die Aufmerksamkeit gewöhnt. Ich kann mir gut vorstellen, dass jemand viel bezahlen würde, um eine solche Nummer zu besitzen. ‚ZH 1000‘ hat vor einigen Jahren für mehr als 130 000 Franken den Besitzer gewechselt. ‚BE 1‘ finde ich aber eigentlich spezieller: Nummer eins in der Hauptstadt der Schweiz. Aber eben, es ist mehr Zufall, dass ich nun damit fahre. Und das Schild gehört ohnehin dem Taxiunternehmen und nicht mir.»

Luzia Helfer

# Tacheles im Progr – oder doch nicht?

«Mühli-Pesche» hätte an einem Podiumsgespräch Klartext über die Berner Kulturpolitik reden sollen, wurde aber wieder ausgeladen

«Der Berner Kultursekretär Christoph Reichenau will einer kritischen Diskussion mit mir aus dem Weg gehen», sagt der Betreiber der Mühle Hunziken, Peter Burkhard. Reichenau seinerseits kann die Kritik nicht verstehen.

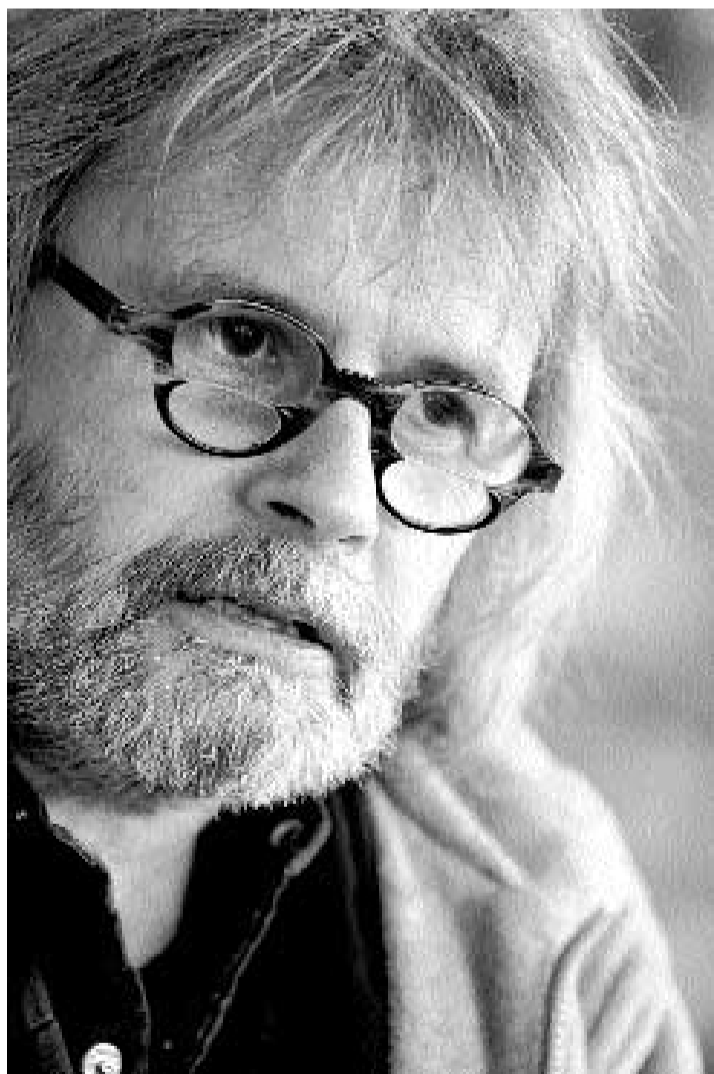
CHRISTIAN BRÖNNIMANN

Die Redewendung «Tacheles reden» kommt aus dem Jüdischen und bedeutet, jemandem unverblümt und ungeschminkt die eigene Meinung zu sagen. «Tacheles» ist auch der Name des monatlichen Podiumsgesprächs zu Kulturthemen, das vom Künstlerverband Visarte Bern organisiert wird. «An diesen Gesprächen sollte auch wirklich Tacheles gesprochen werden», sagt Peter «Mühli-Pesche» Burkhard, Betreiber der Mühle Hunziken in Rubigen. Doch genau das sei nicht der Fall.

Alles der Reihe nach: Mitte Januar wurde Burkhard von Oliver Tschirky von Visarte angefragt, ob er am Podiumsgespräch vom kommenden Dienstag zum Thema «Kulturstrategie der Stadt Bern» teilnehmen wolle. «Ich sei der absolute Wunschkandidat, wurde mir gebauchpinselt», erzählt Burkhard, «weil ich einer der wenigen sei, die auch kritisch zum Thema Stellung nähmen.» Obwohl «Mühli-Pesche» anfänglich skeptisch war, liess er sich überzeugen und willigte ein.

«Reichenau will nicht»

Nur einige Tage später kam die Absage – auf dem Podium sei für Burkhard nun doch kein Platz. An seiner Stelle solle Christian Pauli von der Dampfzentrale sprechen. Für «Mühli-Pesche» ist der Fall klar: «Christoph Reichenau, der auch am Podium teilnehmen wird, will nicht, dass ich dabei bin.» Dies sei ihm telefonisch von Tschirky sogar bestätigt worden. «Dem Kul-



Peter Burkhard (links) und Christoph Reichenau werden vorerst nicht gemeinsam auf einem Podium sitzen.

tursekretär ist ein braver Abhängiger als Diskussionspartner lieber als ein böser Unabhängiger», sagt Burkhard. Er führt seinen Betrieb seit drei Jahrzehnten ohne öffentliche Gelder und hat die Verteilung der Kultursubventionen in der Vergangenheit mehrmals scharf kritisiert.

Oliver Tschirky dementiert: «Ich habe Burkhard nie definitiv eingeladen, sondern bloss angefragt, ob er am Podium teilnehmen würde», sagt er. Dieses Vorgehen sei üblich,

um eine optimale Zusammensetzung der Gesprächsteilnehmer zu erhalten. Burkhard sei nicht auf Druck von Reichenau von der Liste gestrichen worden. «Da sich das Gespräch um die städtische Kulturpolitik drehen soll, bin ich aber zum Schluss gekommen, dass es besser ist, wenn ein Vertreter eines Berner und nicht eines Rubiger Kulturbetriebs zu Wort kommt.»

Dieser Meinung ist auch Christoph Reichenau. Die Region sei nur indirekt von der Kulturstrategie der



ADRIAN MOSER

Stadt Bern betroffen. «Die regionale Kulturpolitik ist aber ebenso diskussionswürdig», sagt Reichenau. Er sei gerne bereit, an einem zukünftigen Podium zu diesem Thema teilzunehmen – auch gemeinsam mit Peter Burkhard.

Diese Antwort genügt «Mühli-Pesche» nicht. Das Umland Berns sei aufgrund der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) sehr wohl von der städtischen Kulturpolitik betroffen. Schliesslich bezahlten auch die 82 Regionsgemeinden

6 Millionen Franken an die städtischen Kultursubventionen.

Burkhard will die Veranstaltung am kommenden Dienstag trotzdem als Gast besuchen. Er ist gespannt, «wer wem unverblümt und ungeschminkt die Meinung sagt. Bei drei gleichgesinnten Podiumsteilnehmern ist dies sicher hochinteressant.»

[1] TACHELES Podium zur Kulturstrategie der Stadt Bern. 20. Februar, 18.30 Uhr, Aktionsraum Progr.